Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

Alte Fassung	Neue Fassung
<p style="text-align: center;">§ 3 Zuständigkeiten für Anregungen und Beschwerden (Bürgeranträge)</p> <p>(1) Zuständig für die Entscheidung über Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW ist der Rat. Anregungen und Beschwerden in spezialgesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit (z.B. Stellungnahmen in Bebauungsplanaufstellungsverfahren) sind keine Anregungen und Beschwerden im Sinne des Satzes 1.</p> <p>(2) Der*Die Bürgermeister*In leitet Bürgeranträge mit einem Beschlussvorschlag und einer Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung dem zuständigen Ausschuss zu. Der Ausschuss berät über die Angelegenheit und spricht eine Empfehlung an den Rat aus.</p> <p>(3) Von der Beratung wird in den in § 7 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach definierten Fällen abgesehen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Zuständigkeiten für Anregungen und Beschwerden (Bürgeranträge)</p> <p>(1) Zuständig für die Entscheidung über Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW ist der Rat, sofern er nicht einem Ausschuss die inhaltliche Entscheidungskompetenz übertragen hat. Anregungen und Beschwerden in spezialgesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit (z.B. Stellungnahmen in Bebauungsplanaufstellungsverfahren) sind keine Anregungen und Beschwerden im Sinne des Satzes 1.</p> <p>(2) Der*Die Bürgermeister*In leitet Bürgeranträge mit einem Beschlussvorschlag und einer Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung dem zuständigen Ausschuss zu. Der Ausschuss berät über die Angelegenheit und spricht eine Empfehlung an den Rat aus, sofern er nicht selbst entscheidungsbefugt ist.</p> <p>(3) Von der Beratung wird in den in § 6 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Rheinbach definierten Fällen abgesehen.</p>
<p style="text-align: center;">§ 5 Rückholrecht des Rates</p> <p style="text-align: center;">...</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 NEU Zuständigkeiten für die Einleitung von Vergabeverfahren und Vergaben</p> <p>(1) Die vom Rat gebildeten Ausschüsse sowie der Betriebsausschuss entscheiden in ihrer jeweiligen Zuständigkeit über die Einleitung von Vergabeverfahren für beabsichtigte Maßnahmen oberhalb folgender Wertgrenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Lieferungen und Dienstleistungen: ab 250.000 € netto - bei Beauftragung von Planungsleistungen, Gutachten und sonstigen freiberuflichen Tätigkeiten: ab 100.000 € netto

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

Dabei legen Sie im Einzelfall auf Vorschlag des Bürgermeisters die Wertungskriterien für die Vergabeentscheidung fest.

Sie entscheiden ebenfalls über die Durchführung von Baumaßnahmen (Baubeschluss) ab einem Auftragswert von 250.000 € netto. Die Zuschläge für dafür notwendige Auftragsvergaben (einzelne oder Gesamtbeauftragungen) werden nach Durchführung der entsprechenden Vergabeverfahren vom Bürgermeister erteilt.

- (2) Ein Einleitungsbeschluss für das Vergabeverfahren ist nicht erforderlich
- a) wenn sich der Bedarf aus einem vom Rat oder einem Fachausschuss beschlossenen Bedarfsplan ergibt
 - b) wenn sich der konkrete Bedarf und die Ausgestaltung aus rechtlichen Vorgaben ergeben
 - c) für laufende oder wiederkehrende Bedarfe, wenn der Bedarf in der Vergangenheit durch Beschluss anerkannt worden ist, von zugrunde gelegten Standards nicht abgewichen wird und die Leistung lediglich erneut bzw. für einen neuen Zeitraum ausgeschrieben werden soll.

In diesen Fällen wird dem Rat oder dem zuständigen Ratsausschuss in der nächsten Sitzung nach dem Beginn des Vergabeverfahrens der Beginn des Vergabeverfahrens mitgeteilt.

- (3) Der Bürgermeister erteilt nach Durchführung des Vergabeverfahrens und der Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes den Zuschlag. Lehnt das Rechnungsprüfungsamt einen Vergabevorschlag ab, ist die Angelegenheit dem zuständigen Gremium mit den jeweiligen Voten zur Entscheidung vorzulegen. In den Fällen, in denen der Zuschlagswert den dokumentierten Auftragswert um mehr als 40% übersteigt, entscheidet abweichend von Satz 1 der Haupt- und Finanzausschuss oder der Rat.
- (4) Wesentliche rechtliche oder tatsächliche Veränderungen in Bezug auf den Vergabegegenstand, die nach der Bedarfsfeststellung im Verlauf des Vergabeverfahrens eintreten, sind dem nach Absatz 1 zuständigen Gremium mitzuteilen.
- (5) Die Verwaltung legt dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rechnungsprüfungsausschuss einmal im Jahr eine Übersicht über die erteilten Aufträge vor, die nach einzelnen Firmen aufzuschlüsseln ist und für die jeweils der geschätzte Auftragswert und der Zuschlagswert in Bruttobeträgen genannt werden. Aufträge auf der Grundlage von Rahmenverträgen sowie Aufträge, unterhalb der die Vergabestelle zu beteiligen ist, bleiben außer Betracht.

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

§ 6 Haupt- und Finanzausschuss	§ 7 Haupt- und Finanzausschuss
Empfehlungsrechte	Empfehlungsrechte
...	1. ...
Vorbereitung aller Anträge und Beschlussvorlagen von finanzieller Bedeutung (§ 1 Absatz 4 dieser Zuständigkeitsordnung) sowie Mitwirkung bei der Vorbereitung von Entscheidungen über den Erlass oder die Änderung von allgemeinen Richtlinien, Verwaltungsvorschriften und Gebührensatzungen, von denen wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Einnahmen oder der Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre zu erwarten sind.	2. Mitwirkung bei der Vorbereitung von Entscheidungen über den Erlass oder die Änderung von allgemeinen Richtlinien, insbesondere einer Vergaberichtlinie für Vergaben unterhalb der in § 5 Absatz 1 festgelegten Schwellenwerte, Verwaltungsvorschriften und Gebührensatzungen, von denen wesentliche Auswirkungen auf die Höhe der Einnahmen oder der Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre zu erwarten sind.
...	3. ...
Entscheidungsrechte	Entscheidungsrechte
Alle Angelegenheiten, die ihm durch Gesetz und Hauptsatzung zugewiesen sind.	1. Alle Angelegenheiten, die ihm durch Gesetz und Hauptsatzung zugewiesen sind.
...	2. ...
Vergabe von Aufträgen von mehr als 100.000 € und von Nachtragsaufträgen von mehr als 40.000 €.	Wird ersatzlos gestrichen.
...	...
Angelegenheiten des Freizeitbads monte mare soweit gemäß § 41 Absatz 1 Satz 2 GO NRW nicht der Rat zuständig ist.	12. Angelegenheiten des Freizeitbads monte mare soweit gemäß § 41 Absatz 1 Satz 2 GO NRW nicht der Rat zuständig ist, insbesondere Entscheidungen über Baumaßnahmen ab 250.000 €.

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

§ 13

Ausschusses für Schule, Bildung und Sport

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport befasst sich mit allen äußeren Schulangelegenheiten des Schulträgers sowie allen weiteren Bildungsangeboten in Rheinbach und der Sportstättenentwicklungsplanung.

Entscheidungsrechte

Alle Angelegenheiten der städtischen Schulen für die die Stadt Rheinbach als Schulträger zuständig ist.

...

Alle Angelegenheiten des Sports:

- Sportförderung,
- eigene Sportstätten einschließlich der grundsätzlichen Planungen,
- Freizeitpark,
- Sportlerehrungen.

...

§ 14

Ausschusses für Schule, Bildung und Sport

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport befasst sich mit allen äußeren Schulangelegenheiten des Schulträgers sowie allen weiteren Bildungsangeboten in Rheinbach und der Sportstättenentwicklungsplanung.

Entscheidungsrechte

1. Alle Angelegenheiten der städtischen Schulen für die die Stadt Rheinbach als Schulträger zuständig ist. Insbesondere Entscheidungen über Schulbaumaßnahmen ab 250.000 €.

2. ...

3. Entscheidungen über Baumaßnahmen an bzw. von Sportgebäuden oder-geländen ab 250.000 € sowie alle sonstigen Angelegenheiten des Sports:

- Sportförderung,
- eigene Sportstätten einschließlich der grundsätzlichen Planungen,
- Freizeitpark,
- Sportlerehrungen.

4. ...

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

<p style="text-align: center;">§ 14 Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen</p>								
<table border="1"><thead><tr><th data-bbox="170 1018 1126 1091">Entscheidungsrechte</th></tr></thead><tbody><tr><td data-bbox="170 1096 1126 1161">...</td></tr><tr><td data-bbox="170 1166 1126 1321">Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 100.000 Euro, mit Ausnahme von Schul- und Sportgebäuden.</td></tr><tr><td data-bbox="170 1326 1126 1410">...</td></tr></tbody></table>	Entscheidungsrechte	...	Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 100.000 Euro, mit Ausnahme von Schul- und Sportgebäuden.	...	<table border="1"><thead><tr><th data-bbox="1169 1018 2125 1091">Entscheidungsrechte</th></tr></thead><tbody><tr><td data-bbox="1169 1096 2125 1161">4. ...</td></tr><tr><td data-bbox="1169 1166 2125 1321">5. Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 250.000 Euro, mit Ausnahme der Entscheidungen über Baumaßnahmen (Baubeschlüsse), die in die Zuständigkeit eines anderen fachlich zuständigen Ausschusses fallen.</td></tr><tr><td data-bbox="1169 1326 2125 1410">6. ...</td></tr></tbody></table>	Entscheidungsrechte	4. ...	5. Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 250.000 Euro, mit Ausnahme der Entscheidungen über Baumaßnahmen (Baubeschlüsse), die in die Zuständigkeit eines anderen fachlich zuständigen Ausschusses fallen.	6. ...
Entscheidungsrechte									
...									
Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 100.000 Euro, mit Ausnahme von Schul- und Sportgebäuden.									
...									
Entscheidungsrechte									
4. ...									
5. Entscheidungen über die Art der Ausführung und der Beschaffenheit der Ausbauplanung von Straßen- und Hochbaumaßnahmen ab 250.000 Euro, mit Ausnahme der Entscheidungen über Baumaßnahmen (Baubeschlüsse), die in die Zuständigkeit eines anderen fachlich zuständigen Ausschusses fallen.									
6. ...									
<p style="text-align: center;">§ 16 Ausschuss für Umwelt und Mobilität</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Ausschuss für Umwelt und Mobilität</p>								
<table border="1"><thead><tr><th data-bbox="170 1455 1126 1528">Entscheidungsrechte</th></tr></thead><tbody><tr><td data-bbox="170 1533 1126 1592">Beteiligung bei Angelegenheiten des Landschaftsgesetzes.</td></tr><tr><td data-bbox="170 1597 1126 1596">...</td></tr><tr><td data-bbox="170 1667 1126 1596">...</td></tr></tbody></table>	Entscheidungsrechte	Beteiligung bei Angelegenheiten des Landschaftsgesetzes.	...	...	<table border="1"><thead><tr><th data-bbox="1169 1455 2125 1528">Entscheidungsrechte</th></tr></thead><tbody><tr><td data-bbox="1169 1533 2125 1596">1. Entscheidungen über Baumaßnahmen bei Vorhaben ab 250.000 €, für dessen Bedarfsfeststellung der Ausschuss gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung zuständig ist.</td></tr><tr><td data-bbox="1169 1603 2125 1596">2. Beteiligung bei Angelegenheiten des Landesnaturschutzgesetzes.</td></tr><tr><td data-bbox="1169 1674 2125 1596">3. ...</td></tr></tbody></table>	Entscheidungsrechte	1. Entscheidungen über Baumaßnahmen bei Vorhaben ab 250.000 €, für dessen Bedarfsfeststellung der Ausschuss gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung zuständig ist.	2. Beteiligung bei Angelegenheiten des Landesnaturschutzgesetzes.	3. ...
Entscheidungsrechte									
Beteiligung bei Angelegenheiten des Landschaftsgesetzes.									
...									
...									
Entscheidungsrechte									
1. Entscheidungen über Baumaßnahmen bei Vorhaben ab 250.000 €, für dessen Bedarfsfeststellung der Ausschuss gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung zuständig ist.									
2. Beteiligung bei Angelegenheiten des Landesnaturschutzgesetzes.									
3. ...									

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

§ 18

Zuständigkeiten, die auf den*die Bürgermeister*In übertragen sind

Dem*Der Bürgermeister*In wird gemäß § 41 Absatz 2 GO NRW die Entscheidungsbefugnis in folgenden Angelegenheiten übertragen:

- 1) Die Vergabe von Aufträgen bis 100.000 € und von Nachtragsaufträgen bis 40.000 €. Der*Die Bürgermeister*In ist zuständig für die Verlängerung von Verträgen bis 100.000 €, soweit eine solche Verlängerung als Option im Vertrag vereinbart ist und diesem eine öffentliche Ausschreibung zugrunde liegt.
- 2) ...

§ 19

Zuständigkeiten, die auf den*die Bürgermeister*In übertragen sind

Dem*Der Bürgermeister*In wird gemäß § 41 Absatz 2 GO NRW die Entscheidungsbefugnis in folgenden Angelegenheiten übertragen:

- 1) Die Auftragsvergabe nach § 5 Absatz 1. Der*Die Bürgermeister*In ist zuständig für die Verlängerung von Aufträgen mit im Wesentlichen unverändertem Inhalt, soweit eine solche Verlängerung als Option im Vertrag vereinbart ist und diesem eine öffentliche Ausschreibung zugrunde liegt.
- 2) ...
- 11) Erwerb, Verkauf und Tausch von Grundstücken bis zu einem Wert von 10.000 €, soweit es sich nicht um ein Grundstück von strategischer Bedeutung für die Stadtentwicklung handelt.

Synopse zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach

§ 19

Geschäfte der laufenden Verwaltung

Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten entsprechend § 41 Absatz 3 GO NRW als auf den*die Bürgermeister*In übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält.

Dazu zählen beispielsweise:

a) ...

§ 20

Geschäfte der laufenden Verwaltung

Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten entsprechend § 41 Absatz 3 GO NRW als auf den*die Bürgermeister*In übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält.

Ein Geschäft der laufenden Verwaltung liegt in all den Fällen vor, in denen die Wertuntergrenzen für die Zuständigkeit von Ausschüssen gemäß § 5 Absatz 1 unterschritten werden.

Dazu zählen beispielsweise:

a) ...